

Wolf führt zu Morddrohungen

28.02.18



Heinz Werner Persiel vom Bundesverband Beruflicher Naturschutz begrüßte das Fachpublikum zum Dialogforum. © Leeske

Verden - „Ziel des Dialogforums Vielfältiges Niedersachsen – Wiesen, Weiden, Wolf ist es, Menschen zusammen zu bringen, die beim Thema Wolf involviert sind“, sagte Heinz-Werner Persiel vom Bundesverband Beruflicher Naturschutz (BBN) zur Begrüßung des fachlich versierten Publikums im Verdener Niedersachsenhof. Zunächst hielten drei Fachleute Eingangsreferate als inhaltliche Basis für die anschließenden Dialogforen in kleineren Gruppen.

Vom niedersächsischen Umweltministerium erläuterte Konstantin Knorr das Wolfmanagement des Landes. „Wir müssen wieder lernen, mit dem Wolf zusammen zu leben“, sagte Knorr und nannte das Wolfmanagement als zentrale Einrichtung, diesen Lernprozess zu begleiten. „Dabei steht aber der Mensch und dessen Schutz als Handlungsmaxime im Mittelpunkt unseres Handelns“, so Knorr. „Ziel ist es, durch das Wolfsmanagement ein verträgliches Miteinander von Mensch und Wolf zu erreichen.“

Drei Säulen besonders wichtig

Dazu seien drei Säulen besonders wichtig, einerseits das Monitoring, die Öffentlichkeitsarbeit, und andererseits die Schadensprävention. Deswegen übernehme das Wolfsbüro auch die amtliche Feststellung eines Wolfsschadens und folglich auch die Leistung des Schadensersatzes. Zur Ausweitung der Aufgaben durch das Wolfmanagement nannte Knorr ein besonderes Augenmerk auf Problemregionen mit dem Blick auf Wolf und Deich sowie neu zu bildende Herdenschutzteams. Dazu forderte er eine Weiterentwicklung der Förderrichtlinie Wolf mit der Aufnahme der Hobbyweidetierhalter in die Entschädigungen, höhere Fördersätze für Herdenschutzmaßnahmen inklusive der Förderung von Wiederbeschaffungsmaßnahmen bei Schutzzäunen. Weiter sollten die sehr kostenintensiven Herdenschutzhunde auch vom Land gefördert werden.

Schutz durch Berner Übereinkommen

Zu den rechtlichen Rahmenbedingungen referierte Professor Wolfgang Köck vom Umweltforschungszentrum mit sehr aktuellen Fakten. Im Januar dieses Jahres sei im Land Brandenburg eine Verordnung erlassen worden, die Ausnahmen von dem strengen Schutzstatus des Wolfes in dem östlichen Bundesland regeln soll. Der Schutz des Wolfes sei durch das Berner Übereinkommen geregelt, das durch die FFH-Richtlinien im Bereich der EG zur Anwendung komme. In dem genannten Übereinkommen seien auch die Bereichsausnahmen in den osteuropäischen Ländern, wie Polen oder Litauen, geregelt. Dieses wollte nun das Land Brandenburg sozusagen nachholen und verlässliche Standards für die Ausnahmen vom Schutzstatus setzen. Er nannte da als Beispiel das Land Finnland, wo Wölfe entnommen werden dürfen, die sich in Gebieten mit gewerblicher Rentierhaltung ansiedeln.

Hingegen in Deutschland seien Ausnahmen vom Schutz nur in Einzelfällen weiter zulässig, wenn andere Maßnahmen, wie Vergrämung oder Schutzmaßnahmen von Weidetieren nicht möglich seien. „Die Erheblichkeitsschwelle kann relativ schnell erreicht werden, wenn die Schäden den Fortbestand eines Betriebes im Einzelfall nachhaltig gefährden würden. Aber Entnahmen kommen eben nur bei keinen zumutbaren Alternativen, wie Schutzzäunen, in Betracht“, so Köck. „Keine Verschlechterung des Erhaltungszustandes der Wolfspopulation ist auch eine wichtige Voraussetzung, und mit 150 Tieren sind wir von den 1.000 Wölfen in ganz Deutschland noch weit entfernt“, sagte Köck. Wie sich die neue Verordnung in Brandenburg dann in der Praxis anwenden ließe, bleibe abzuwarten.

„Klare Prozessketten“

Über die Auswirkungen auf die regionale Ebene berichtete Kerstin Norda vom Veterinäramt im Landkreis Cuxhaven. „Für alle Fälle, was den Wolf betrifft, haben wir klare Prozessketten, die dann abgearbeitet werden“, sagte sie. Dies beinhalte Fälle von einem toten Wolf, einem verletzten Wolf bis hin zum auffälligen Wolf. In dieser Frage forderte sie vehement die Landesregierung zur Bündelung der Kompetenzen auf. „Wir hoffen, dass in Zukunft von Hannover alles an sich gezogen wird. Denn wir haben bereits Morddrohungen von beiden Seiten erhalten. Wir müssen unsere Mitarbeiter vor Ort schützen“, sagte Norda.